



Waeber Emanuel

Anfrage Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU

Mitunterzeichner:---

Datum der Einreichung: 26.08.2015

CHA

Begehren

Der Staatsrat wird mit vorliegender Anfrage eingeladen, folgende Fragen zum vom Bundesrat angestrebten Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung der Schweiz in die EU (gemäss verabschiedetem Verhandlungsmandat, inkl. zwingende Rechtsübernahme und Unterstellung unter den EU-Gerichtshof) zu beantworten:

1. Welche kantonalen und kommunalen Gesetze/Verordnungen und welche Rechtsbereiche werden vom Rahmenabkommen betroffen sein, wenn sich dieses wie geplant auf alle Marktzugangsabkommen erstreckt?
2. Welche Mehrkosten resultieren als Folge dieser dynamische Rechtsübernahme und Unterstellung unter den EU-Gerichtshof (EuGH) für den Staat, den Bürger und die Unternehmen?
3. Rechnet der Staatsrat aufgrund eines institutionellen Rahmenabkommens mit einem höheren Personalaufwand? Falls ja, wie viele neue Stellen müssen beim Kanton und in den Gemeinden neu geschaffen werden?
4. Mit welchen Auswirkungen ist langfristig auf das kantonale Steuerrecht zu rechnen und werden sich möglicherweise Steuererhöhungen ergeben?
5. Welche Wirtschaftszweige und Branchen werden mit neuen EU-Regulierungen rechnen müssen? Wie hoch werden die zukünftigen Regulierungskosten für Unternehmen ausfallen?
6. Welche Auswirkungen hat eine Unterstellung unter den EuGH auf das kantonale Gerichtswesen? In welchen Bereichen ist mit neuen oder anderen Urteilen zu rechnen? (Das Verhandlungsmandat der EU spricht von gerichtlicher Kontrolle)
7. Wie hoch wären die Kosten für die Kantone bei einer automatischen Weiterführung der Kohäsionsbeiträge? (Im Verhandlungsmandat der EU so gefordert)
8. Welche Auswirkungen hat die allfällige Übernahme der Unionsbürgerschaft auf den Kanton und die Gemeinden?
9. Welche Auswirkungen hatte ein solches Abkommen auf die föderalistische Ordnung und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen?
10. Welche Auswirkungen hat eine dynamische und zwingende Rechtsübernahme auf kantonspezifische Interessen, wie das Gesundheitswesen (z.B. Prämien- und Tarifregelungen), das Gebäudeversicherungswesen oder die Kantonalbanken?
11. Inwiefern wird eine dynamische Einbindung in die EU das Verhältnis zwischen den Kantonen und dem Bund, aber auch zwischen den Gemeinden und dem Kanton, sowie die Frage der direktdemokratischen Mitsprache auf Stufe Kanton oder auch das Verhältnis Kantonsparlament-

Kantonsregierung weiter beeinflussen? (Studien beobachten bereits heute Zentralisierungstendenzen infolge der EU-Integration)

12. Sieht der Staatsrat auch die Gefahr, dass mit einem solchen Rahmenabkommen der Zentralisierung Vorschub geleistet wird?
 13. Wird sich der Staatsrat infolge der grossen Bedeutung dieses Abkommens dafür einsetzen, dass dieses dem obligatorischen Referendum untersteht, um die Mitsprache der Stände zu gewährleisten?
 14. Ist der Staatsrat bereit, zur Beantwortung dieser staatspolitisch sehr wichtigen und brisanten Fragen von einer unabhängigen Stelle ein Rechtsgutachten erstellen lassen?
-